

Beschlüsse des 39. Landesparteitages der CDU Berlin

13. Juni 2015

Die 24-Stunden-Kita

Wir wollen den Ausbau von Kindertagesstätten und den Ausbau der Kinderbetreuung in Berlin weiter entschlossen vorantreiben. Dazu gehört auch, flexiblere Betreuungsangebote für Kinder von Eltern mit wechselnden Arbeitszeiten einzurichten. Die Öffnungszeiten der meisten Kindertagesstätten in Berlin gehen heute häufig am Arbeitsleben vorbei: Wer heute beispielsweise als Kassiererin im Supermarkt, als Servicekraft in der Gastronomie, als Krankenpfleger oder als Polizistin arbeitet, den stellen die üblichen Kita-Öffnungszeiten vor große Probleme. Gerade die Betreuung zu Randzeiten ist für viele Eltern, insbesondere für Alleinerziehende, Voraussetzung, um einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, brauchen wir ein flexibles Betreuungsangebot für Kinder, das es Familien ermöglicht, ihr eigenes Lebensmodell zu verwirklichen. Die CDU Berlin spricht sich daher für die Erweiterung des Betreuungsangebots von Kindern in den Morgen- und Abendstunden, sowie bedarfsgerecht auch nachts, aus.

Die zuständige Senatsverwaltung soll prüfen, wie flexible Betreuungsangebote durch die Einrichtung einer 24-Stunden-Kita die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten können. Ziel soll es sein, dass nach Möglichkeit in jedem Berliner Bezirk eine 24-Stunden-Kita eingerichtet wird, in denen die qualitative Betreuung der Kinder auch außerhalb der üblichen Kita-Öffnungszeiten gewährleistet wird. Deutschlandweite Modellprojekte einer 24-Stunden-Kita könnten dabei auch für Berlin Vorbild sein.

Das Angebot der 24-Stunden-Kita soll sich dabei ausschließlich an jene Eltern richten, die regelmäßig aufgrund von Schichtarbeit oder Arbeit an Wochenenden oder Feiertagen Schwierigkeiten haben, ihr Kind in einer regulären Kindertagesstätte betreuen zu lassen. Die Betreuungszeit der Kinder soll dabei nicht über das übliche Maß hinaus gehen. Bei der 24-Stunden-Kita geht es nicht um eine Ganztagesbetreuung für unsere Kinder, sondern lediglich um die Betreuung zu anderen Zeiten. Für die CDU Berlin hat dabei das Wohl der Kinder oberste Priorität. Im Interesse der Erzieherinnen und Erzieher sollten ihnen flexible Arbeitszeitmodelle auf freiwilliger Basis sowie Sondervergütungen angeboten werden.

Die CDU Berlin setzt sich zudem dafür ein, dass private Anbieter flexibler und mobiler Kinderbetreuung in Berlin besser vernetzt und sichtbarer für die Familien werden – beispielsweise über eine Onlineplattform oder in den Bezirksämtern ausliegende Register.

Digitale Bildung der Berliner Schüler stärken

Der Begriff der „Digitalisierung“ ist als Schlagwort in aller Munde und verändert schon heute viele Bereiche in der Gesellschaft. Das Leben unserer Kinder und Jugendlichen, ihre Freizeitaktivitäten, ihre Hobbys und Freundschaftsstrukturen haben durch die Digitalisierung in den letzten Jahren einen Wandel erfahren. Diese Entwicklung dauert an und vermutlich wird sie nie richtig beendet sein. Im Bereich Bildung und Schule bleibt die Digitalisierung allerdings häufig noch draußen vor der Tür. Trotz umfangreicher Projekte zum Einsatz von Tablets im Unterricht ist die Unterstützung des Schulalltags durch Lernplattformen, Blended-Learning oder die sinnvolle und korrekte Nutzung von Smartphones oder interaktiven Whiteboards an Schulen, Hochschulen oder in der Erwachsenenbildung nur in Ausnahmefällen zu finden.

Auch wenn die technische Versorgung mit Geräten an einigen Bildungseinrichtungen sicher noch verbesserungswürdig, sind viele Berliner Schulen oft schon gut ausgestattet. Meist fehlt es eher an der Klärung administrativer Aufgaben. Der Einsatz digitaler Medien ist oft abhängig von der Schulleitung und Engagement der Lehrpersonen. Die Lehrerausbildung im Medieneinsatz ist unzureichend, fachdidaktische Konzepte sind in Bezug auf Mediennutzung und Medienkompetenz schwach ausgeprägt.

Aber: Notebook, Tablet und Smartphone sind für Kinder und Jugendliche längst Alltag. Daher ist es dringend geboten, dass der Umgang mit den digitalen Medien, das Erkennen von Risiken und das Nutzen von Chancen auch zum Schulalltag gehören.

Technische Ausstattung der Schulen

Wer digitales Lernen in den Schulen ernsthaft installieren will, muss eine zeitgemäße Ausstattung aller Schulen, von der Grundschule bis zu den berufsbildenden Schulen, sichern. Dazu gehören vor allem schnelle und stabile Internetzugänge. Diese müssen an allen Berliner Schulen sichergestellt sein. Das von der Bundesregierung formulierte Ziel, bis spätestens 2018 überall in Deutschland die Möglichkeit zu schaffen, mit mindestens 50 M/bits ins Netz zu gehen, ist ein wichtiger Schritt. Für die Bildungseinrichtungen muss notwendigerweise auch Anschluss an dieses Netz bestehen. Hinzu kommt die Konzeption und Standardisierung der internen Netze und Server, ihre professionelle Pflege und damit verbunden die Schaffung einer sicheren, digitalen Lernumgebung.

Auch die ausreichende Ausstattung mit Geräten ist elementar. Dies kann zum Beispiel durch das zur Verfügung stehen von Klassensätzen an Tablets zum Ausleihen oder durch „bring-your-own-device“-Modelle sichergestellt sein. Im letzteren Fall benötigen die Bildungseinrichtungen Organisationsrichtlinien, inwieweit Schüler oder Studenten bzw. Lehrpersonal ihre eigenen elektronischen Geräte zu schulischen Zwecken, insbesondere für den Zugriff auf Netzwerkdienste und das Verarbeiten und Speichern interner Daten, nutzen dürfen.

Im schulischen Alltag fällt eine Vielzahl zu schützender Daten über Schüler und deren Lernsituation sowie über interne Arbeitsprozesse in der Schule an. Auch Schulämter, Schulverwaltungen und Ministerien fragen regelmäßig Daten ab, die vor Missbrauch unbedingt zu schützen sind. Vor allem Lehrer müssen daher mit geschützten dienstlichen E-Mail-Adressen ausgestattet sein. Hierfür zu sensibilisieren, muss auch Aufgabe der Lehreraus- und Fortbildung sein.

Für alle technischen und organisatorischen Fragen sollte in den Schulen IT-Fachpersonal bzw. ein IT-Support eingerichtet sein oder zur Verfügung stehen bzw. ausgebildet werden.

Digitale Medien sinnvoll nutzen – digitale Bildungsinfrastruktur schaffen

Digitale Bildung bedeutet nicht: „E-Book statt Schulbuch“, „Maus statt Stift“ oder „Bildschirm statt Tafel“. Im Gegenteil: Klassische Lehr- und Lernformen können sehr gut durch den Einsatz von Computern zum IT-gestützten Lernen ergänzt werden. Digitale Bildung darf auch nicht bedeuten, dass die Bedeutung des Lehrers mit seinen reichen Erfahrungen als Mensch und Pädagoge geschmälert wird oder gar durch digitale Lernmittel ersetzt werden soll. Alle Beteiligten – Lehrer wie Schüler – müssen in der Lage sein, die technische Ausstattung umfänglich und zielorientiert zu nutzen. Die Lehrkräfte müssen wissen, wie sie digitale Medien sinnvoll in den Unterricht einbauen – als Ergänzung und Erweiterung der bisherigen Lernmittel. Wir wollen die Lehrkräfte in Berlin so fortbilden, dass sie mit digitaler Hilfe Bildung noch attraktiver vermitteln können. Durch den Einsatz von Lernplattformen sollen Lehrer außerdem das individuelle Feedback für die Schüler optimieren und selbstständiges Lernen fördern.

Berlin sollte außerdem einen zeitgemäßen und altersgerechten Informatikunterricht ab der Grundschule fördern. Ebenso ist die Einführung von Profilschulen IT/Digital mit dem Schwerpunktprofil Informatik zu prüfen. Dabei soll die Kooperation mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sowie gegebenenfalls privaten Partnern obligatorisch sein.

Wir begrüßen das Projekt „Open Educational Resources“. Die Bildungsverwaltung ist angehalten darauf hinzuwirken, dass diese Möglichkeiten umfassend genutzt werden und viele Lehrer sich daran beteiligen und miteinander austauschen. Dazu ist möglicherweise eine Informationskampagne nötig. Durch „Open Educational Resources“ (OER) können Schüler in Berlin mittels frei zugänglicher Unterrichtsmaterialien im Internet ganz anders lernen. Sie arbeiten aktiver und selbstständiger, Lehrer unterrichten eher „am Puls der Zeit“. Auch Inhalte wandeln sich heute immer schneller. Durch OER können sich Lernmaterialien dem anpassen. Derzeit gibt es an Schulen noch zu viel verstecktes Wissen. Wenn beispielsweise Lehrer für Schüler mit besonderen Anforderungen oder speziellem Förderungsbedarf Unterrichtsmaterialien anfertigen, könnten Lehrer und Schüler in einem ganz anderen Teil der Stadt davon profitieren. Gerade bei sehr spezifischen Themen und Projektideen können Schulen voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen. Bei alledem muss sichergestellt sein, dass die OER-Materialien den Rahmenlehrplänen entsprechen. Berlin sollte hier langfristig auf die Etablierung einer gemeinsamen, länderübergreifenden Standardinfrastruktur hinwirken.

Medienintegration in den Schulen

Alle Bildungseinrichtungen sollten Medienbeauftragte aus dem Kreis des Lehrkörpers benennen. Diese treffen sich zu regelmäßigen Abstimmungen und Schulungen bezirks- oder landesweit. Außerdem sollten die Bildungseinrichtungen Konzepte zur Medienerziehung aufstellen. Den Rahmen hierfür muss das Land Berlin vorgeben bzw. im Rahmen eines Gesamtkonzepts aller Länder und dem Bund forcieren. Eine zielgerichtete Einbindung der Eltern sollte über regelmäßig stattfindende Medien-Elternabende erfolgen.

Qualitätsoffensive Lehreraus- und Weiterbildung

Die Möglichkeiten, Chancen und Risiken des digitalen Lernens müssen Bestandteil der Lehrerbildung werden. Eine Qualitätsoffensive für (zukünftige) Lehrer muss entwickelt und gestartet werden, um der Medienbildung mehr Raum in der Lehrerbildung zu geben. Die digitale Schule darf keine Privatangelegenheit der Lehrer sein. Daher müssen auch im Rahmen der Lehrerfortbildung verpflichtende Angebote hierzu gemacht werden. Es geht hier schließlich um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt. Diese darf nicht allein von außergewöhnlicher Motivation oder „good will“ bestimmter Lehrer abhängig sein.

Wichtig ist daher die Aufnahme bzw. der Ausbau eines pädagogisch sinnvollen, fächerübergreifenden Einsatzes digitaler Medien in den Lernprozess und die Vermittlung digitaler Medienkompetenz in den Studiengangs- und Ausbildungscurricula sowie Prüfungsordnungen von Lehrkräften und pädagogischem Personal im frühkindlichen, schulischen sowie Aus- und Weiterbildungsbereich. Außerdem muss die Schaffung bzw. der Ausbau spezieller Fortbildungsangebote für bereits ausgebildete Lehrkräfte sowie Pädagoginnen und Pädagogen im frühkindlichen, schulischen sowie Aus- und Weiterbildungsbereich zur Vermittlung digitaler Medienkompetenz sowie der pädagogisch sinnvolle, fächerübergreifende Einsatz digitaler Medien im Lernprozess forciert werden. Die Weiterbildungsangebote sollen dabei insbesondere an den Kriterien des Vorrangs der Nutzung bereits bestehender Expertise vor Neuschaffungen von Weiterbildungsangeboten, der Niederschwelligkeit und Effektivität ausgerichtet werden.

Zusammenarbeit mit Eltern und Elternkompetenz

Damit Schülerinnen und Schüler lernen, kompetent, sicher und verantwortungsbewusst mit den digitalen Medien und dem Internet umzugehen und persönliche Daten sorgfältig zu verwenden, muss sich die Bildungsarbeit nicht nur an die Schüler und Lehrer wenden, sondern auch die Eltern einbeziehen. Themenspezifische Elternabende, z.B. organisiert vom Medienbeauftragten der Schule, sollten regelmäßig verpflichtend stattfinden. Diese Formate ermöglichen es, einen Austausch der Eltern untereinander ebenso zu fördern wie eine fachlich begleitete Auseinandersetzung mit der Medienidentität der Kinder, Möglichkeiten zur Vermittlung einer kritisch reflektierten Medienkompetenz und die Ausbalancierung von virtueller und realweltlicher Aktivitäten der Heranwachsenden.

Digitales Lernen – für die Zukunft gedacht

Der digitale Wandel erfasst die deutsche Wirtschaft und unsere Gesellschaft auf ganzer Linie. Daher müssen wir unsere Kinder zeitgemäß auf die Ausbildung oder das Studium und somit auf einen späteren Berufsalltag vorbereiten. Kinder, die heute zur Schule gehen, werden von einer digitalen Arbeits- und Lebenswelt umgeben sein. Digitale Kompetenzen werden eine entscheidende Rolle dabei spielen, wie Deutschlands Wirtschaft in 20 Jahren im internationalen Vergleich dasteht. Die Aus- und Fortbildung digitaler Kompetenzen ist elementar für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Der Senat sollte daher Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen aus IT und digitaler Wirtschaft anregen, fördern und unterstützen. So kann ein Netzwerk zwischen Schulen und Unternehmen geschaffen werden. Beispielsweise kann durch vermehrte **altersangepasste** Praktika in **entsprechenden** Unternehmen ein verstärktes Interesse der **Jugendlichen** für diese **IT-gestützten** Zukunftsfelder geschaffen werden.

Digitales Lernen politisch verankern

Ein eigenes Fachreferat für digitales Lernen, angesiedelt bei der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, bündelt das Thema im Bildungsbereich. Das Thema digitales Lernen – d.h. digitale Lern- und Lehrmittel (Ausstattung der Schulen), Lehreraus- und vor allem Weiterbildung, Lehrpläne, lebenslanges Lernen, Lernen in der Freizeit bzw. Jugendarbeit – betrifft alle Bereiche des Bildungs- und Weiterbildungssektors und sollte daher auch in einer Gesamtstrategie gedacht und bearbeitet werden. Die aktive Begleitung der Schulen bei der Erarbeitung eines jahrgangs- und fächerübergreifenden Medienbildungskonzepts als Schulprogrammteil sollte auch Aufgabe des Referats sein.

Die Senatsverwaltung sollte sich im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen dass die Länder untereinander bzw. gemeinsam mit dem Bund verbindliche Ziele und Maßnahmen zum

digitalen Lernen und der Verankerung im Lehrplan und der Lehreraus- und Fortbildung verankern, beispielsweise in einem Länderstaatsvertrag. Berlin muss hier Vorreiter sein. Gemeinsame Ziele und Maßnahmen, die auch bereits in diesem Antrag verankert sind, sollten dabei vereinbart werden. Weitere Ziele sollten sein:

- Die Hinwirkung auf eine langfristige Festlegung von bundeseinheitlichen IT-Standards für allgemeinbildende Schulen.
- Die Verankerung der Vermittlung von digitaler Medienkompetenz sowie digitalen Bildungsinhalten fächerübergreifend in die Bildungspläne und in die länderspezifischen Qualitätsrahmen zur Schulentwicklung.
- Die Entwicklung bundeseinheitlicher Mindeststandards zur digitalen Informations- und Medienkompetenz für die unterschiedlichen Altersstufen der Lernenden sowie regelmäßige Überprüfung dieser in einer Ländervergleichsstudie, um im Rahmen dieser auch eine internationale Vergleichbarkeit herzustellen.

Fazit: Digitales Lernen an allen Schulen etablieren

Schüler müssen digitale Fähigkeiten spätestens ab der 1. Klasse erlangen, um beim weltweiten Bildungswettbewerb nicht abgehängt zu werden. Der sichere und vor allem souveräne Umgang mit dem Computer und dem Internet muss dabei oberstes Ziel sein. Ziel muss sein, dass jede Schülerin und jeder Schüler eine digitale Selbständigkeit ausbildet, um an den Möglichkeiten und Ausgestaltungen der sich immer weiter entwickelnden digitalen Gesellschaft partizipieren zu können.

Jede ISS bekommt Oberstufe durch verbindliche Kooperation mit Gymnasium.

Die CDU fordert die bedarfsgerechte Einrichtung von 11. Klassen an Gymnasien zur Aufnahme von Schülern der Integrierten Sekundarschulen (ISS), die sich für den Besuch der Oberstufe qualifiziert haben. Alle ISS ohne Gymnasiale Oberstufe werden nicht nur dazu verpflichtet, eine Kooperation mit einem Oberstufenzentrum einzugehen, sondern auch mit einem in ihrem Bezirk befindlichen Gymnasium. Somit werden in der Zukunft allen ISS-Schülern sowohl die Option der beruflichen Ausbildung als auch die Option der Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Studium gleichberechtigt zur Verfügung stehen.

Bilingualität fördern – Staatliche Europa-Schule Berlin absichern und ausbauen!

In Berlin wurde nach der Wiedervereinigung das bundesweit einzigartige Konzept der „Staatlichen Europa-Schule Berlin“ entwickelt, das nunmehr an 30 Standorten und für rd. 7000 Schüler verwirklicht ist. Berlin ist seither vor allem auch durch den Zuzug aus dem europäischen Ausland gewachsen. Gleichzeitig hat durch die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration auch das Postulat der Mehrsprachigkeit in Europa immer stärker an Bedeutung gewonnen. Aus unserer Sicht gilt es folglich, das Berliner Schulangebot generell auf eine stärkere und bessere fremdsprachliche Förderung und auf eine Bildung im europäischen Geiste auszurichten, eigentlich sollte jede Schule eine „Europa-Schule“ sein. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zunächst die SESB abzusichern und sie in struktureller Hinsicht anhand folgender Punkte auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln:

1. Standortsicherheit für die SESB

Seit dem Jahr 2012 ist die Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB) als Schule besonderer pädagogischer Prägung im Berliner Schulgesetz verankert und damit als Schulversuch offiziell beendet. Dennoch ist die Situation der SESB nicht zufriedenstellend: Aufgrund der steigenden Schülerzahlen in Regelklassen wurden mehrfach SESB-Standorte verlagert oder verkleinert, da es zwischen Bezirken und Senatsverwaltung keine bindenden Absprachen hinsichtlich Standortentwicklung- und planung der SESB gibt. Eltern richten jedoch nicht selten ihren Wohnort nach dem schulischen Angebot für ihre Kinder aus und brauchen deshalb Sicherheit. Eltern, die ein zweisprachiges Angebot für ihre Kinder brauchen oder wünschen, sind aufgrund der begrenzten Anzahl von entsprechenden Schulen noch mehr auf diese Planungssicherheit angewiesen. Die CDU fordert daher ein gemeinsam von Senatsverwaltung, Bezirken und Elternvertretern entwickeltes berlinweites, verbindliches, regelmäßig überprüftes Konzept zur Absicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der SESB-Standorte. Schwerpunkt sollte dabei sein, die SESB bedarfsgerecht insbesondere in den stark nachgefragten Sprachkombinationen auszubauen und zwar in den Regionen, in denen Eltern eine entsprechende Nachfrage entwickeln. Die Weiterführung von SESB-Grundschulzügen an Oberschulen (ISS) und Gymnasien muss gewährleistet sein.

2. SESB-Koordinierungsgremium einsetzen und Kooperation zwischen SESB und Regelschule sicherstellen

Die SESB wurde und wird stark von zivilgesellschaftlichem und europäischem Engagement getragen und in ihr wurden wertvolle bildungspolitische Ansätze entwickelt. Nach über 20 Jahren SESB ist es jedoch an der Zeit, durch ein geeignetes Gremium die bestehenden Strukturen der SESB zu überprüfen, den Informationsaustausch zwischen den SESB-Standorten besser als bisher sicherzustellen, Standardisierungen vorzunehmen und konzeptionelle Unterstützung zu leisten. Hierbei muß insbesondere die Kooperation zwischen SESB-Zweig und Regelschule, die vielfach nur auf dem Papier besteht, ins Auge gefasst werden.

3. Interkulturelle und pädagogische Fähigkeiten der SESB-Lehrkräfte besser nutzen

Das Lern- und Bildungsziel der SESB besteht nicht allein in der Bilingualität der Fächer, sie verfolgt auch erfolgreich einen durchgehend interkulturellen Ansatz. Hierfür sind vor allem die vielen muttersprachlichen Lehrkräfte an den SESB verantwortlich. Die CDU fordert, alle noch bestehenden Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Lehrkräften und Hürden beim Aufstieg, auch in das Amt des Schulleiters, abzubauen und eine Personalentwicklungsstrategie für Lehrkräfte zu entwerfen, die Verwendungen sowohl in der Regelschule als auch in der SESB vorsieht und damit die Berliner Schule insgesamt bei der Vermittlung sprachlicher und kultureller Fähigkeiten stärkt. Der Umstand, dass es nach 20 Jahren SESB-Erfahrung offensichtlich noch immer keine eingespielte Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüssen gibt, muss dringend abgestellt werden.

4. Anerkennung aller SESB-Abschlüsse

Die Attraktivität der SESB leidet maßgeblich, wenn ihre Abschlüsse im Partnerland und/ oder in Deutschland nicht anerkannt werden. Die CDU fordert deshalb von der Senatsverwaltung, dringend auf allen Ebenen gezielte Bemühungen zu unternehmen um die Anerkennung aller an der SESB vergebenen Abschlüsse so bald wie möglich sicherzustellen bzw. entsprechende Anpassungen im Schulprogramm vorzunehmen um die Anerkennung zu erreichen.

5. Europa-Kitas endlich umsetzen

Die SESB ist gesetzlich als ein paritätisches Modell – 50% Muttersprachler, 50% deutsche Kinder – festgelegt. Seit Abschaffung der Vorklassen an den SESB-Standorten im Jahr 2004, in denen die notwendige sprachliche Vorbildung vermittelt wurde, haben einsprachig deutsche Kinder nur noch geringe Chancen auf die Aufnahme in einer SESB. Die Sprachtestvorbereitung zur Aufnahme an die SESB erfolgt meist in privaten zweisprachigen Kindergärten, die jedoch auf Grund begrenzter Platzkapazitäten Kinder mit Partnersprache bei der Aufnahme bevorzugen. Die CDU spricht sich daher dafür aus, als „Europa-Kita“ zertifizierte Kindertagesstätten entsprechend personell und finanziell auszustatten bzw. in einem ersten Schritt zu prüfen, ob bei entsprechendem qualitativem Nachweis die bestehenden schulischen Fördervereine als Organisatoren der muttersprachlichen Nachmittagsbetreuung anerkannt und zu bezuschusst werden können.

Endlich verbindliche Lerninhalte!

Die CDU fordert den Koalitionspartner auf, Vertragstreue beim Koalitionsvertrag zu zeigen und bei der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne verbindliche Inhalte für jedes Schuljahr festzuschreiben. Nur so kann Eltern das Vertrauen in eine objektive Vergleichbarkeit der Leistungsfähigkeit von Schulen, aber auch ihrer Kinder gegeben werden.

Schulpflicht durchsetzen

Die Schulpflicht ist in Berlin durchzusetzen. Dies gilt auch für den Sport- und Schwimmunterricht. Hierzu sind die Voraussetzungen zu schaffen.

Begabtenförderung an den Schulen ausbauen

Der Landesvorstand der Jungen Union Berlin fordert den Landesparteitag der CDU Berlin auf, sich für die Förderung weiterer Angebote für talentierte Kinder neben den „Schnelllernerklassen“ einzusetzen. Hierzu wird der Landesfachausschuss „Schulpolitik und berufliche Bildung“ aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Jungen Union ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten.

Schüler machen Schule

Der Landesvorstand der Jungen Union Berlin fordert den Landesparteitag der CDU Berlin auf, mehr Eigenverantwortung der Schüler zu ermöglichen. Wie die Partizipation der Schüler hinsichtlich der Gestaltung ihrer Schule gestärkt werden sollte, um demokratische Prozesse früh erlernbar zu machen und die Politikdistanz der Schüler zu verringern, bedarf eines vertieften Konzepts, das der Landesfachausschuss „Schulpolitik und berufliche Bildung“ in Zusammenarbeit mit der Jungen Union für das Wahlprogramm 2016 erarbeiten soll.

Bundeswehr macht Schule

Der Landesvorstand der Jungen Union Berlin fordert den Landesparteitag der CDU Berlin auf, einen Informationstag zur Bundeswehr für jeden Schüler und jede Schülerin einzuführen.

Losverfahren abschaffen

Der Landesvorstand der Jungen Union Berlin fordert den Landesparteitag der CDU Berlin auf, sich für die Abschaffung des Losverfahrens zur Vergabe von Gymnasialplätzen einzusetzen.

Jahrgangsübergreifendes Lernen

Die CDU Berlin begrüßt die bildungspolitischen Erfolge, die sie seit ihrer Regierungsmitverantwortung in Berlin durchsetzen konnte. Aufgrund unserer Mitsprache im Senat und in der Koalition im Abgeordnetenhaus ist es gelungen, die Lehr- und Lernbedingungen an den Berliner Schulen zu verbessern. Wir haben das Ende der Früheinschulung durchgesetzt und damit in dieser sensiblen Frage dem Elternwillen Rechnung getragen. Um Familien zu entlasten und kurze Schulwege zu ermöglichen, haben wir beim Übergang zur Oberschule den Vorrang von Geschwister- und Bezirkskindern eingeführt. Mit der Sicherstellung der Hortbetreuung in den Klassen 5 und 6 sowie dem weiteren Ganztagsausbau der Oberschulen erleichtern wir vielen Berliner Eltern die Organisation von Familie und Beruf. Zudem verbessern wir die Lernbedingungen für unsere Kinder durch bauliche Maßnahmen an den Schulen, so zum Beispiel durch das Sanierungsprogramm für Schultoiletten.

Auch die Abschaffung des Zwangs zum jahrgangsübergreifenden Lernen (JüL) hat die CDU durchgesetzt, weil wir auf die freie und verantwortliche Entscheidung der Schulen bei pädagogischen Konzepten setzen. Die CDU Berlin glaubt, dass JüL nur als freiwilliges Angebot funktionieren kann. Das Gelingen von Unterricht in jahrgangsübergreifenden Klassen muss durch geeignete Rahmenbedingungen garantiert werden, um die pädagogischen Voraussetzungen von JüL zu sichern.

Weniger Sperrungen auf der Straße des 17. Juni

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, die Straße des 17. Juni den Verkehrsteilnehmern an durchschnittlich 300 Tagen im Jahr zur Verfügung zu stellen. Hierfür ist die Zahl der dort jährlich stattfindenden Veranstaltungen deutlich zu reduzieren. Nur Veranstaltungen, die einen außerordentlichen kulturellen, wirtschaftlichen, sportlichen oder sonstigen Mehrwert für Berlin ergeben, dürfen genehmigt werden. Zudem sollen die Auf- und Abbauarbeiten von Bühnen, Zäunen und Tribünen deutlich beschleunigt werden.

Aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung muss über Veranstaltungen im Bereich der Straße des 17. Juni zentral entschieden werden. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung soll federführend und unter Einbeziehung von einschlägigen Akteuren wie der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, den Tourismusvermarktern von visitBerlin oder dem Landessportbund eine Liste mit hochprioritären Veranstaltungen erarbeiten, die zukünftig weiterhin auf der Straße des 17. Juni stattfinden können.

Für diejenigen Veranstaltungen, die künftig nicht mehr auf der Straße des 17. Juni stattfinden können, soll die Senatsverwaltung geeignete Alternativstandorte vorschlagen. Insbesondere das Tempelhofer Feld kann ein attraktives Ausweichquartier sein. Bei den Veranstaltern, die bisher einseitig auf das Brandenburger Tor und die angrenzende Straße des 17. Juni fixiert sind, muss offensiv für alternative Standorte geworben werden.

Tunnellösung für die Dresdner Bahn – klares Bekenntnis Berlins erforderlich

Der Landesparteitag der CDU Berlin fordert den Regierenden Bürgermeister von Berlin Michael Müller (SPD) und Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) auf, sich gegenüber der Deutschen Bahn AG und dem Bundesverkehrsministerium klar und unmissverständlich für eine Tunnellösung für die Dresdner Bahn in Lichtenrade einzusetzen. Erforderlich ist ein öffentliches Bekenntnis mit der verbindlichen Zusage, dass Berlin sich an den Mehrkosten der Tunnellösung finanziell beteiligt und trotz der Verzögerungen, die sich aus der teilweise erforderlichen Neuplanung ergeben, den Tunnel will.

Der Senat wird deshalb aufgefordert, diese Maßnahme in die Finanzplanung 2015 bis 2019 und das Investitionsprogramm aufzunehmen. Darüber hinaus wird die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin ersucht, im Rahmen der Haushaltsberatungen Mittel für die Neuplanung und spätere Realisierung der Tunnelvariante bereitzustellen.

„Park and Ride“ im Berliner Umland

Die CDU Berlin spricht sich für ein integriertes „Park and Ride Konzept“ an den Verkehrsknotenpunkten des Nahverkehrs im Berliner Umland aus, um die Zahl der KFZ – Pendler nachhaltig zu senken.

Hierzu gehört unter anderem:

1. Der Bau von Stellplatzgroßanlagen in ortsverträglicher Form für mehrere tausend Fahrzeuge an S – und Regionalbahnhöfen im Berliner Umland, zum Beispiel an den S – Bahnhöfen Mahlow oder Blankenfelde.
2. Ein Konzept für eine deutliche Verbesserung der Fahrzeittakte zwischen den Vorstadtbahnhöfen und der Berliner City.
3. Ein attraktives Kombi-Ticket für Bahnfahrt - und Parkanlage.
4. Eine gemeinsame Planungsgruppe der Länder Berlin und Brandenburg unter Einbeziehung der betroffenen Umlandgemeinden.
5. Ein gemeinsames Finanzierungskonzept der Länder Berlin und Brandenburg für die notwendigen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur.

Die zuständige Senatsverwaltung wird aufgefordert, das oben genannte Konzept umgehend auszuarbeiten und umzusetzen.

Bezahlbarer Wohnraum auch innerhalb des S-Bahnringes

Berlin braucht bezahlbaren Wohnraum im Innenstadtring auch für Menschen mit geringerem Einkommen.

Die CDU setzt sich in der Mieterstadt Berlin für eine soziale Durchmischung in den Kiezen ein.

Darum wollen wir u. a.:

- Leerstand und Zweckentfremdung bekämpfen
- Die Orientierung der Mieten von ehem. Sozialwohnungen an der jeweiligen Vergleichsmiete
- Verstärkten Wohnungsbau nicht nur im oberen Marktsegment
- kommunalen Wohnungsbestand als ergänzendes Korrektiv
- zielgerichtete Umsetzung der Mietpreisbremse für Berlin

„Smart City Berlin Realität werden lassen – internationales Schaufenster für Innovationen urbaner Technologien schaffen“

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, die Vision einer Smart City Berlin Realität werden zu lassen. Der Senat muss die im April 2015 beschlossene „Smart City Strategie“ umsetzen. Hierfür sind Wissenschaft und Wirtschaft aktiv einzubinden. Neben einem klaren Zeitplan sind auch die organisatorischen Voraussetzungen für die Steuerung und Umsetzung zu schaffen.

Der „Smart City-Ansatz“ ist weit mehr als die Fokussierung auf Themen wie intelligente Energienetze (Smart Grids), die Förderung der Elektromobilität oder die Gestaltung der Energiewende.

Die Realisierung einer Smart City ist ein Innovationsthema, welches die Stadtgesellschaft als Ganzes fordert, um im Wettstreit der Metropolen um kluge Köpfe und smarte Unternehmen einen Spitzenplatz einzunehmen. Es sind die Städte und ihre Bewohner, die die Innovationen von Morgen schaffen. So werden 93 % der weltweiten Innovationen in den 50 innovativsten Städten geschaffen. Berlin hat die Aufgabe Innovationsschmiede zu sein und an vergangene Größe in diesem Bereich („Elektropolis“) anzuknüpfen.

Berlin als Metropole im Herzen Europas und Hauptstadt hat idealerweise den Bedarf sowie die Kapazitäten, zukunftsfähige urbane Technologien zu entwickeln, zu finanzieren, zu bauen und zu betreiben. Von Berlin aus können Lösungen, Produkte und Systeme national und international vermarktet werden.

Eine Smart City Berlin dient also beispielsweise nicht nur der Umsetzung der Energiewende, vielmehr muss deren Realisierung als angewandte Standort- und Strukturpolitik für Zukunftstechnologien verstanden werden, die Arbeitsplätze schafft und Steuereinnahmen in erheblichem Umfang generieren kann. Zukunftstechnologien sind der Markt der Zukunft – ihr Marktvolumen wird bis 2025, also eines überschaubaren Zeitrahmens von 10 Jahren, weltweit auf 4.400 Milliarden Euro geschätzt. Hiervon sollte sich Berlin ein gehöriges Stück abschneiden.

Nachdem die rot-rote Vorgängerkoalition über 10 Jahre energie- und stadtentwicklungspolitisch für Stillstand gesorgt hat, wurden die genannten Themen von der großen Koalition angegangen.

Und Berlin hat beispielsweise mit den Zukunftsorten einzelne Leuchttürme in der Stadt geschaffen. Der Technologiepark in Adlershof, federführend vom damaligen Diepgen-Senat geplant und umgesetzt, gilt weltweit als Blaupause für einen innovativen Standort für kreative Start-Ups, die stringenten

Überlegungen zum Nachnutzungskonzept des Flughafens Tegel, die so genannte Berlin TXL – The Urban Tech Republic, oder der EUREF-Campus in Schöneberg geben hiervon beredtes Zeugnis ab.

Aber: Andere Städte in Europa sind weiter auf dem Weg zur Smart City vorangeschritten Berlin und haben den Status von Leuchtturmprojekten und Piloten schon hinter sich gelassen. In Amsterdam oder auch Malmö beispielsweise ist die Smart City in großen Teilen der Stadt schon erlebbar und begehbar. Hier hat Berlin also einen Nachholbedarf.

Die im April dieses Jahres vom Berliner Senat beschlossene Smart-City Strategie geht in die richtige Richtung. Sie wurde in einem fast zweijährigen Austausch zwischen fünf Senatsverwaltungen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Vertretern der Stadtgesellschaft erarbeitet. Mit diesen Partnern wird auch die Umsetzung weiter betrieben. Gleichwohl fehlt bislang die strategische und operative Untersetzung, die weiter konsistent erarbeitet werden muss.

Schinkel im Herzen Berlins

Die CDU Berlin unterstützt den Wiederaufbau der 1962 von der DDR zerstörten Bauakademie Schinkels in Berlin-Mitte entsprechend dem Konzept der Internationalen Bauakademie in Berlin.

Integration von Flüchtlingen mit Bleiberecht beschleunigen

Nach erfolgter Anerkennung sollen den Menschen mit Bleiberecht möglichst schnell geeignete Angebote zur Integration unterbreitet werden. Dazu sind die entsprechenden Ressourcen (finanziell und personell) bereitzustellen.

Extremismusregister

„Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, ein berlinweites Register für extremistische Vorfälle jeglicher Art zu schaffen. Die bisherige Praxis, in den Bezirken allein rechtsextremistische Vorfälle zu registrieren, soll hierfür auf Vorfälle mit linksextremistischer und religiös-extremistischer Motivation und Vorfälle im homophoben und antisemitischen Bereich ausgedehnt werden. Für diese Aufgabe sollten analog zu den Registerstellen zur Erfassung rechtsextremistischer und rassistischer Vorfälle weitere Registerstellen eingerichtet werden, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen betrieben werden, die sich im Kampf gegen Linksextremismus und religiösen Extremismus engagieren.

Bekämpfung der Drogenkriminalität darf nicht vor Cannabis haltmachen!

Wir sprechen uns für eine nachhaltige und konsequente Bekämpfung der Drogenkriminalität in Berlin aus. Die von den CDU-Senatoren Frank Henkel, Thomas Heilmann und Mario Czaja in Kraft gesetzte Verfügung zum strafrechtlichen Umgang mit Cannabisprodukten ist der richtige Weg und wird von der CDU Berlin nachdrücklich unterstützt.

Die Absenkung der bundesweit höchsten Grenze für den straflosen Eigenbedarf von 15 auf 0 Gramm in und im Umfeld von Kindergärten, Schulen, Jugendheimen und Spielplätzen sowie Bahnhöfen, Krankenhäusern und öffentlichen Verwaltungsgebäuden befähigt den Staat insbesondere Kinder und Jugendliche vor dem Kontakt zu Cannabisprodukten besser zu schützen. Die neu eingeführte Möglichkeit

der Einrichtung von sogenannten „Null-Toleranz-Zonen“, in denen ebenfalls eine 0-Gramm-Grenze gilt, unterstützt das vorgenannte Ansinnen.

Neben den repressiven Mitteln bedarf es vor allem einer umfassenden Präventionsarbeit. Daher ist die Verständigung auf eine Aufklärungskampagne in den Berliner Schulen, die mit 500.000 € unterlegt wird, ein wichtiger und richtiger Baustein im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Zurückdrängung der weiteren Verbreitung des Cannabishandels und –konsums.

Alle Forderungen nach einer Legalisierung oder gar staatlichen Abgabe von Cannabisprodukten sind unverantwortlich und spielen mit der Gesundheit der Bevölkerung. Der Staat darf nicht selbst zum Drogendealer werden. Daher erteilen wir solchen Überlegungen eine klare Absage.

Prostitution nicht ausufern lassen

Die CDU Berlin spricht sich für eine Begrenzung der Prostitution in besonders belasteten Stadtteilen (z.B. dem Kurfürstentempel in den Ortsteilen Tiergarten und Schöneberg) durch geeignete Maßnahmen wie Sperrzeiten aus. Parallel dazu ist, soweit nicht bereits vorhanden, in ausreichendem Umfang aufsuchende Sozialarbeit zur Stabilisierung der betroffenen Kieze einzusetzen.

Die vorstehende Forderung ist, sofern sie nicht kurzfristig realisierbar sein sollte, im CDU-Wahlprogramm 2016 entsprechend zu berücksichtigen.

Frauen angemessen beteiligen

Gemäß §44a Abs. 6 der Satzung der CDU Landesverband Berlin sollen die Kreisverbände bei der Aufstellung von Listen für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen ab 2016 unter drei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlagen.

Auf dem nach den Wahlen stattfindenden Landesparteitag ist von den Kreisverbänden ein Bericht über die Umsetzung dieser Vorschrift zu geben (Übernahme der Vorschrift aus der Bundessatzung).

Solidarität mit den Siemens-Beschäftigten

Die CDU Berlin solidarisiert sich mit den Beschäftigten der Siemens AG in der Huttenstraße gegen den angedrohten massiven Personalabbau. Der Vorstand der Siemens AG wird daher aufgefordert, seine angekündigte Unternehmensveränderung nochmals zu überdenken.